

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bestandtheil: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 3084
Aus für Nachrichten Nr. 30011
Schiffverteilung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. L. Karolstraße 56/58

Bezugspreis vom 1. bis 15. November 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.
Bezugspreis für Monat November 3,40 RM, einchl. 96 Wp. (ohne Postgebühren).
Einzelnummer 10 Wp. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die ein-
seitige 30 mm breite Seite 50 Wp., für auswärts 60 Wp., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Wp., außerhalb 25 Wp., die 20 mm breite Zeilenzeile 200 Wp., außerhalb 250 Wp.
Offertengebühr 80 Wp. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Dresdner Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Stadt.) zulässig, Unveränderte
Schiffverteilung werden nicht aufbewahrt

13 Millionen Mark Schulden der Sclarefs

Juwelenbesitz verheimlicht

Die erste Gläubigerversammlung

Berlin, 7. November. Unter besonderen Vorsichtsmaßregeln fand heute vormittag im Amtsgericht Berlin-Mitte die erste Gläubigerversammlung in den sechs Konkursverfahren gegen die Gebrüder Sclaref statt. Der Konkursverwalter Schuster gab einen umfassenden Bericht über die Konkursbilanzen der Sclarefschen Unternehmungen. Von besonderem Interesse war die Feststellung des Konkursverwalters, daß die Bücher der K.V.G. und der anderen Firmen nicht ordnungsmäßig geführt seien und daß

auch die Bilanzen unrichtig und gefälscht

wären. Es habe sich, was die Fälschung der Bilanzen angeht, herausgestellt, daß nur unter Berücksichtigung der Schulden bei der Stadtbank sich im Jahre 1928 eine Ueberschuldung von 818 000 Mark, im Jahre 1927 von 1,47 Millionen Mark und im Jahre 1928 von 4,5 Millionen Mark an Stelle der angeblichen Gewinne ergeben habe. Was die Bilanzpositionen für 1928 betreffe, so ergebe sich ein weiteres unrichtiges Bild. Die größte Fälschung ist hier bei dem Zinsbeträge vorgenommen worden, der mit 68 000 Mark beauftragt wird, während die Sclarefs jetzt dem Untersuchungsrichter erklärt haben, daß sie 4 Millionen Mark Zinsen an die Stadtbank zu zahlen gehabt hätten. Sehr interessant ist auch

das Kapitel der persönlichen Entnahmen der drei Brüder Sclarefs.

Die 1926 168 000 M., 1927 bereits 437 000 M. und 1928 407 000 M. und von 1929 bis zum Zusammenbruch 283 000 M. verbraucht haben. Hinzu kommen noch in Höhe von über 700 000 Mark die Ausgaben für den Sclarefschen Rennstall. Was die Verträge mit der Stadt angeht, über die der Konkursverwalter ausführlich referierte, so verdient die aufführende Mitteilung Erwähnung, daß nicht nur der Generalbevollmächtigte der Sclarefs, sondern auch der Konkursverwalter selbst gegen den von der Stadt ausgesprochenen Widerruf vom Monopolvertrag Einspruch erhoben haben, und zwar mit der Begründung, daß in diesem Vertrag ein großes Wertobjekt zu erblicken sei, auf das man nicht verzichten könne.

Der Konkursverwalter erklärte weiter, daß man Kapellewiese Gefälligkeitswechsel gefunden habe, denen nicht der geringste Wert beizumessen sei. Der Gesamtschuldenposten bei der K.V.G. beträgt 760 000 M. und es ergibt sich ein Fehlbetrag von 12,3 Millionen M.

Angemeldete Gläubigerforderungen liegen in Höhe von 18 Millionen Mark vor. Interessant waren auch die Zahlen über den Privatverbrauch Max Sclarefs. Max Sclaref hatte nämlich den Rennstall, der ganz erhebliches Geld kostete. Als charakteristisch für den Privatverbrauch gab der Konkursverwalter an, daß Max Sclaref vom Oktober 1928 bis zum Zusammenbruch im September 1929 allein bei der Firma Hermann Gerson für über 71 000 M. gekauft habe. Für das persönliche Aussehen der Sclarefs war auch bemerkenswert, daß ein neuer Benzowagen sofort ungepoltet werden mußte, weil Max Sclaref die Farbe nicht geliebt und daß Will Sclaref ein Haus umbauen ließ, obwohl die Veranlassung sehr ruhig verlief, erregte doch die Mitteilung des Konkursverwalters einiges Aufsehen, daß der Brillantenbesitz bei den Sclarefs bisher nicht zu ermitteln gewesen sei.

Es habe sich zwar eine Schmuckschackelpolice von 30 000 Mark gefunden. Leo Sclaref habe aber erklärt, daß diese Police zu hoch gegriffen sei und daß man lediglich Schmuckstücke für 6000 Mark gehabt habe. Von diesen soll angeblich ein Teil auf der Rennbahn verlorengegangen sein. Auch die Frauen hätten Brillantenbesitz bestritten.

Beginn der Tributverhandlungen mit Amerika

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 7. November. In Berlin begannen heute die von den Amerikanern gewünschten Sonderverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland über gewisse Teilfragen der Reparationsregelung. Die Verhandlungen werden auf amerikanischer Seite geführt von dem Mittalied des amerikanischen auswärtigen Dienstes, Mr. Edwin C. Wilson, auf deutscher Seite von Ministerialdirektor Ritter im Auswärtigen Amt.

Wann Volksentscheid?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. November. In der gestrigen Fraktionsführerbekämpfung beim Reichstagesanfang ist zwar beschlossen worden, den Volksentscheid noch in diesem Jahre durchzuführen zu lassen, aber ein genauer Termin wurde nicht genannt. Im Zentrum tippt man auf den Sonntag vor Weihnachten, also den 22. Dezember, den Goldenen Sonntag, der, wie jeder einsehen dürfte, als Abstimmungstag denkbar ungeeignet ist. In demokratischen Kreisen glaubt man, daß der Volksentscheid am 15. Dezember stattfinden soll, also am 8. Advent. Dieser Termin wäre immerhin als geplanter anzupreisen, wemgleich das auch von diesem Sonntag nicht ferne Weihnachtsfeier unter Umständen ungünstig auf die Wählerkraft einwirken könnte.

Vor dem 15. Dezember kann der Volksentscheid jedoch nicht stattfinden.

Da eine vierzehntägige Frist für die Auslegung der Wählerliste vorgeschrieben ist. Nimmt man an, daß der Reichstag für die drei Lesungen des Gesetzes drei Tage braucht, dann würde die Auslegungsfrist, vorausgesetzt, daß der Reichswahlleiter etwas schneller arbeitet, als beim Volksbegehren, am 30. November beginnen können und hätte dann am 14. Dezember zu enden. Die Entscheidung darüber liegt aber in den Händen des Reichsinnenministeriums und es steht außer Frage, daß Severing kein Interesse daran haben dürfte, einen Abstimmungsstichtag möglichst günstigen Dezembersonntag zu bestimmen.

Wie bereits gemeldet wurde, steht, da das Zentrum seinen Anspruch auf das Reichswirtschaftsministerium aufgegeben hat, die endgültige Besetzung des Außenministeriums und die Reubesetzung des Reichswirtschaftsministeriums unmittelbar bevor. Als aussichtsreichster Kandidat wurde gestern der volksparteiliche Abgeordnete Albrecht genannt.

Inzwischen verläßt man demokratischerseits in der Volkspartei selbst wegen dieser Personalfrage Urtheile zu fällen.

Mit Vergnügen bracht das „Berliner Tageblatt“ heute eine Meldung seines Düsseldorf-Korrespondenten ab, der zufolge der rechte Flügel der Volkspartei ultimativ gegen eine Vertrauensstellung des Abg. Albrecht mit dem Reichswirtschaftsministerium Stellung genommen habe. Es handelt sich vor allen Dingen um die Abgeordneten Hugo v. Gilla und Dauch, sowie den Generaldirektor Rudiger und den Regimentskapitän a. D. Pingmann aus Bremen. Diese als rechter Flügel der Deutschen Volkspartei bezeichnete Gruppe wolle weder Albrecht, Woldenhauer noch Papi, sondern den Abg. Dauch (Hamburg) als Reichswirtschaftsminister. Auch verlange die Gruppe, daß die Ämter des Fraktionsvorsitzenden und Parteivorsitzenden künftig getrennt werden sollen.

Wie jetzt übrigens bekannt wird, handelt es sich bei dem Schritt keinesfalls um ein Ultimatum, sondern um ein bei der Parteiliste eingegangenes Telegramm, in dem der Putsch zum Ausdruck gebracht wird, die Reichstagsfraktion möge noch einmal einberufen werden, um zur Frage der Reubesetzung des Wirtschaftsministeriums Stellung zu nehmen. Ob die Parteiliste zu einer Fraktionsführung eingeladen hat, ist noch nicht bekannt.

Als neuen Fraktionsführer hat die Gruppe, falls Scholz Parteivorsitzender werde, den Abgeordneten Peter Welfen vorgeschlagen und auch gegen den Abgeordneten Scholz als Parteivorsitzenden Bedenken geltend gemacht. Man wolle

Katt Scholz lieber Herrn v. Kardorff

oder die Abgeordneten Wunderlich oder Dück mit der Parteiführung betraut wissen. Daß all diese Personalfragen in volksparteilichen Kreisen Gegenstand lebhafter Diskussionen sind, wird niemand wundernehmen. Sie sind jedoch interne Fragen und gehören nicht in die öffentliche Diskussion, am allerwenigsten in die demokratische Presse, deren Absichten durchsichtig genug sind.

Die endgültige Ernennung des Reichsaussenministers und des neuen Reichswirtschaftsministers dürfte sich nach unsern letzten Informationen doch noch etwas hinauszichen. Die Ernennung für heute kommt wohl kaum noch in Frage. Man rechnet mit dem Sonnabend als dem äußersten Termin. Diese Verschiebung wird in Zusammenhang gebracht mit der erst für morgen zu erwartenden Rückkehr des ebenfalls für den Posten des Reichswirtschaftsministers genannten Abgeordneten Dr. Woldenhauer aus Amerika. Da der Reichspräsident nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, morgen, sondern erst am Sonnabend seinen Jagdausflug nimmt, ist bis dahin Zeit gewonnen. Die neue Verschiebung zeigt im übrigen, daß während die Frage des Reichsaussenministers vollkommen geklärt ist, die Frage, wer Reichswirtschaftsminister wird, noch einer weiteren Klärung bedarf. Nachdem gestern als ziemlich sicher Dr. Albrecht genannt wurde, scheint jetzt der Name Dr. Woldenhauer in der engeren Diskussion zu stehen.

Urlaubverweigerung wegen Eintragung

Hamburg, 7. Okt. Ein Altonaer Oberlehrer hatte bei seiner vorletzten Behörde ein Gesuch um drei Wochen Urlaub zu einer Portraatreise durch die Schweiz eingereicht, und dieser Urlaub ist ihm genehmigt worden. — Zwei Tage vor seiner Abreise erhielt er jedoch ein Schreiben, mit dem die Erlaubnis mit dem Bemerkens zurückgezogen wurde, daß er, da er sich in die Listen für das Volksbegehren eingetragen hätte, nicht würdig sei, das Deutschland im Auslande zu vertreten.

Das Korsarenschiff unter deutscher Flagge

Putsch in Venezuela mit polnischen Waffen - Kapitän und Needer des „Falke“ schuldig
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 7. November. Ueber die Abenteuerfahrt des deutschen Dampfers „Falke“ nach Venezuela werden jetzt in der Wilhelmstraße Mitteilungen gemacht, die von allgemeinem Interesse sind. Bekanntlich wurde der Dampfer „Falke“ vor längerer Zeit von der Hamburger Firma Frenzlau gekauft und nach Gdingen in Marsch gesetzt. Dort wurden Waffen und Munition an Bord gebracht, und es besiegten auch 22 Venezolaner das Schiff, das dann Kurs auf die hohe See nahm. Unterwegs haben diese Venezolaner Mannschaft und Offiziere — nur der Kapitän war über die Absichten im Wilde — mit vorgerathenem Revolver erzwungen, alle Befehle auszuführen, die ihnen gegeben wurden.

Das Schiff lief dann den venezolanischen Hafen Umana an, und die Venezolaner unternahmen einen Putschversuch, der allerdings fehlschlug. Ihr Führer fiel in den Kämpfen, und die übrigen wurden teils gefangenengenommen, teils auseinandergetrieben. Der deutsche Dampfer „Falke“ verließ daraufhin den venezolanischen Hafen. Unterwegs wurden

auf hoher See die Waffen über Bord

geworfen, und man begab sich nach dem englischen Hafen Trinidad, wo sofort eine Untersuchung eingeleitet wurde. Die ganze Angelegenheit ist für Deutschland um so peinlicher gewesen, als der Dampfer unter deutscher Flagge fuhr. Leider hat das Auswärtige Amt von den mysteriösen Vorgängen im Hafen von Gdingen erst sehr spät und nur unvollständige Nachrichten erhalten. Es erfuhr lediglich, daß Waffen an Bord gebracht worden seien, die wahrscheinlich aus Warschau stammten, und daß sich auch venezolanische Revolutionäre an Bord begeben hätten.

Als diese Nachrichten in Berlin eintrafen, befand sich der Dampfer bereits auf hoher See in der Ostsee. Leider hat damals die deutsche Regierung nicht sofort ein Torpedoboot ausgesandt, um den Dampfer unterwegs zu stellen. Sie hat aber sofort dem venezolanischen Befehlshaber in Berlin Mitteilungen über einen bevorstehenden Putschversuch gemacht und die venezolanische Regierung gewarnt.

Darauf ist wahrscheinlich zurückzuführen, daß sich die venezolanischen Behörden auf einen Putschversuch bereits einstellen konnten und dieser zurückgeschlagen wurde. Die deutsche Regierung hat sich nach diesem peinlichen Vorfall bei der venezolanischen Regierung entschuldigt und ihrem Bevollmächtigten schon damals besonderen Nachdruck verliehen, als Venezuela während des Krieges durchaus deutschfreundlich eingestellt war und sich dem Druck, der von Washington auf den Staat ausgeübt wurde, mit Erfolg zu widerlegen vermochte. Damals bei der Präsident von Venezuela, Gomez, gegen den sich

der Putschversuch jetzt gerichtet hat, den Amerikanern erklären lassen:

„Ich lasse mich lieber an die Wand stellen und erschießen, als daß ich die Freundschaft mit Deutschland breche!“

Nach den Feststellungen der deutschen Behörden, wie auch der englischen Behörden in Trinidad, wo der Dampfer „Falke“ liegt — die Mannschaft sind nach Deutschland zurückgeführt — hat sowohl der Needer Frenzlau als auch der Kapitän von dem Plan der Venezolaner gewußt. Diese Putschversuche haben ihr Zentrum vor allen Dingen in venezolanischen Emigrantenkreisen in Paris, die auch die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt haben. Der Kapitän und Needer werden sich jetzt in Hamburg vor den Gerichten zu verantworten haben. Da sie von dem Putschversuch gewußt haben, kommt der

Hochverratsparagraf des Strafgesetzbuches

gegen sie in Frage, da es sich um einen Umsturzversuch gegenüber einer besetzten Macht handelt. Die Strafverfolgung auf Grund dieses Paragrafen kann aber nur dann erfolgen, wenn Venezuela einen diesbezüglichen Antrag stellt. Neben dem Hochverratsparagrafen kommen aber auch eine Anzahl anderer Gesetzesvorschriften in Frage, gegen die verfahren wurde, nämlich der Gefekparagraf gegen den Waffenhandel und einige andere.

Bäglers Schicksal noch ungeklärt

Die Expedition doch im Gran Chaco umgekommen?

Hannover, 7. Nov. Nach einer neuerlichen aus La Paz vorliegenden Meldung wird die letzte von dem Direktor der Hannoverische Fabrik Alfred Gronau, Stumpf gegebene optimistische Darstellung über den Verlauf der Indianerexpedition des Südamerikaforschers Dr. Bäglers leider nicht bekräftigt. Es erweist sich, daß diese Darstellung auf Grund eines Briefes von Dr. Bäglers gegeben wurde, der am 10. Oktober nach der Zurücklegung der vorletzten großen Etappe der Expedition geschrieben wurde, die die Teilnehmer durch ein 400 Kilometer langes unwegsames Gebiet führte. Die Durchquerung des eigentlichen Gran Chaco stand der Expedition indessen noch bevor

und wurde am Tage der Abendung des Briefes, also am 10. Oktober, begonnen. Seit diesem Tage fehlt von Dr. Bäglers jede Nachricht, so daß ernste Befürchtungen um sein Schicksal nach wie vor am Plage sind.